

tige Rolle spielen dürfen. Ständige Ausschüsse für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Soziales (Gesundheit, Bildung usw.) sollten ins Leben gerufen werden, um die Entwicklungsrichtung und die Allokation von Mitteln zu diskutieren. Diese Ausschüsse müßten öffentliche Anhörungen organisieren, bei denen Bürgergruppen und Einzelpersonen ihre Sicht der Dinge darstellen können. Wenn die Entscheidungsgewalt im äußerst wichtigen Gebiet der Entwicklungsplanung nicht an Parlament und Volk übergeben wird, besteht die Gefahr, daß Entscheidungen über riesige Summen öffentlicher Gelder, die das Leben von Millionen Menschen berühren, von nur wenigen Leuten gefällt werden. In der Vergangenheit, als die Rolle des Staates in der Wirtschaft noch minimal war, war die Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht so wichtig. Heute jedoch, zumindest seit einigen Jahren, kontrolliert die öffentliche Hand bis zu 40-50% der Wirtschaft und gewiß den Hauptanteil der gesamten Investitionen.

Das Problem von Auslandsschuld und Kapitalströmen berührt aber auch den privaten Sektor. So weit wie nur möglich sollte die Kapitalflucht auf ein Minimum reduziert werden. Das Investitionsklima müßte für die einheimischen Geschäftsleute förderlicher gestaltet werden, damit sie nicht im Ausland suchen, wo wohl "das Gras grüner

ist". Weitere Schritte müßten auch Restriktionen beim Abfluß von Privatkapital einschließen, insbesondere im Bereich des "Schwarzen Geldes", das aus Steuer- oder "Geldwasch"gründen ins Ausland geht.

Dieser Aufsatz hat lediglich einige Themen im Bereich der Kapitalflüsse behandelt und die Diskussion anderer wichtiger Sachverhalte, wie z.B. die Rolle der Auslandsinvestitionen, vermieden. Trotzdem trägt er hoffentlich dazu bei, einige kritische Fragen zur Auslandsschuld Malaysias, zu Staatsfinanzen, Projekten des öffentlichen Sektors und Kapitalflucht aufzuwerfen. Auf lange Sicht ist folgendes von großer Wichtigkeit: das Entstehen einer informierten Öffentlichkeit mit größerer Einsicht

in Schlüsselfragen der sozialökonomischen Entwicklung; eine umfassendere Teilnahme der Öffentlichkeit im Entscheidungsfindungsprozeß; und eine ausgeweitete öffentliche Rechenschaftspflicht der Regierung in den Feldern Finanzen, Wirtschaft und Entwicklung. Aus dieser aufrichtigen Zielsetzung heraus wurde der Aufsatz verfaßt.

Übersetzung aus dem Englischen:
Klaus Marquardt
(auszugsweise Übersetzung des Artikels "Implications of the External Debt and Capital Position" von KHOR Kok Peng in: Crisis and Response in the Malaysian Economy; hrsg. v. Jomo, Khong How Ling u. Shamsulbahiah Ku Ahmad; Kuala Lumpur: Malaysia Economic Association (PEM), 1987; S. 46-73)

Wenn die Entscheidungsgewalt im ... Gebiet der Entwicklungsplanung nicht an Parlament und Volk übergeben wird, besteht die Gefahr, daß Entscheidungen über riesige Summen öffentlicher Gelder, die das Leben von Millionen Menschen berühren, von nur wenigen Leuten gefällt werden.

NACHRICHTEN

MALAYSIA

BAKUN-DAMM GESTOPPT?

Die vom Bakun Dam Committee der Environmental Protection Society Malaysia (EPSM) in Zusammenarbeit mit dem Longhouse Action Committee durchgeführte weltweite Kampagne gegen das Bakun-Staudammprojekt in Sarawak scheint Erfolg gehabt zu haben. (Wir berichteten in SOAI 4/85, S. 34; 1/86, S. 28; 4/86, S. 43.) John Phua, Vertreter der EPSM, unternahm vom 20.5. bis 7.6. dieses Jahres eine von der Südostasien

Informationsstelle organisierte "Deutschlandreise". In insgesamt 11 Städten hielt er dabei einen Diavortrag über die mit bundesdeutscher Hilfe durchgeführten Planungen. John Phuas Gespräche mit Politikern in Bonn, aber auch eine parallel durchgeführte Postkartenaktion an BMZ und GTZ veranlaßte die Regierung, auf die öffentliche Kritik zu reagieren. In einem an die Infostelle gerichteten Schreiben v. 29.6. legt der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Schanz dar, daß die

Bundesregierung Kritik am Staudammprojekt teilweise teile. Daher sei mit der malaysischen Regierung ein zehnjähriges Moratorium vereinbart worden, währenddessen noch GTZ-Studien laufen. Schanz nimmt in seinem Brief das Ergebnis dieser Untersuchungen vorweg: "Möglicherweise sind kleinere Teilprojekte (Staudämme) sinnvoller, welche weniger ökologische Folgewirkungen und weniger sozioökonomische Probleme aufwerfen." Man darf weiterhin gespannt sein.

Dokumentation

- ohne (weitere) Worte -

Neue Bedrohung für Sarawak

Sarawak, das seit 1971 frei von jeglicher militanter kommunistischer Gefahr gewesen sei, sehe sich nun einer hinterhältigen Bedrohung gegenüber, die jene sogar noch übersteige, sagte Staatssekretär Datuk Amar Bujang Nom Said. Diese Gefahr offenbare sich in einer zunehmenden

Opposition der Menschen gegen Regierungsprojekte, insbesondere in ländlichen Gebieten, die von gewissen Kreisen geschürt werde. Obwohl die Bedrohung den Gebrauch von Waffen nicht einschleße, beschwöre sie eine größere Gefahr herauf als die kommunistischen Terroristen, falls ihr nicht begegnet werde. Als Beispiele dafür, wie die Bevölkerung durch Aufhetzung so weit beeinflusst worden sei, daß sie sich sogar zu Gesetzesübertretungen bereit zeige, nannte er:

das Bakun-Wasserkraftprojekt, die

Frage des Penan-Volkes, der Widerwille in der Bevölkerung gegen das Integrierte Ländliche Entwicklungsprojekt Kalaka-Saribas, sowie das zunehmende Auftreten illegaler Besetzungen von Regierungsland. Die neue Bedrohung verlange von den betroffenen staatlichen Organen Wachsamkeit, Problembewußtsein und direktes Handeln, um ihr Anwachsen zu stoppen, fügte er hinzu.

(Ungekürzte Übersetzung einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur BERNAMA v. Aug. 1987)